

BUNDESTAGSREPORT

DER LANDESGRUPPE BRANDENBURG



Dagmar Enkelmann-Wolfgang Neskovic-Kirsten Tackmann-Diana Golze-Thomas Nord-Sabine Stüber

Bundesregierung verteilt agrarpolitische Trostpflaster

von Kirsten Tackmann

Am Dienstag wurde im Deutschen Bundestag über den Einzelplan 10 debattiert, also über die geplanten Ausgaben für die Bereiche Landwirtschaft, Ernährung und Verbraucherschutz. Um es kurz zu machen: Es ändert sich nicht viel im schwarz-gelben Agrar-Haushalt und was sich ändert, ist maximal ein Trostpflaster und nicht die aus unserer Sicht dringend notwendige Korrektur deutscher Agrarpolitik.

Für DIE LINKE sprachen der Haushaltsexperte Roland Claus und mein neuer Kollege im Agrarbereich, Alexander Süßmair aus Bayern. Alexander ging vor Allem auf das speziell für die Milchviehbetriebe vom Bund aufgelegte „Grünlandmilchprogramm“ ein, das aber nur symbolisch auf den anhaltend niedrigen Milchpreis reagiert. Die Proteste der Milchbäuerinnen und Milchbauern vor den Molkereien und im Sommer 2009 vor dem BundeskanzlerInnenamt scheinen schwarz-gelb nur noch schwach in Erinnerung zu sein. Wir als LINKE haben sie nicht vergessen. Wir werden weiter an der Seite der MilcherzeugerInnen solidarisch für faire Rahmenbedingungen streiten, so dass sich ein fairer Milchpreis entwickeln

kann. Damit mensch auch von dieser Arbeit leben kann. Daher ist das Thema „Faire Milch“ dieses Jahr Schwerpunktthema unseres Stands auf der Grünen Woche in Berlin.

Statt die Ursachen der strukturellen Krise im Milchsektor anzugehen, verteilt das Grünlandmilchprogramm der Bundesregierung Trostpflaster oder Sterbehilfe. Das eingeplante Geld wird erst im Dezember 2010 in den Betrieben ankommen und damit viel zu spät. Es bringt keinen wirklichen Ausgleich für die dramatischen Einkommensverluste in den Milchbetrieben. Die Erzeugerpreise sind im Keller, die Kosten für Betriebsmittel steigen. Gut ein Drittel der Einnahmen ist weggebrochen. Derart milliardenschwere Verluste werden durch 750 Millionen Euro staatliche Direktzahlungen, verteilt auf zwei Jahre, nicht im Ansatz ausgeglichen. Wir brauchen eine nachhaltige Agrarpolitik, die existenzsichernde Rahmenbedingungen für die Produzenten von Lebensmitteln sichert – hier und auch weltweit. Für DIE LINKE gehören faire Erzeuger- und Verbraucherpreise endlich ins Zentrum der Debatte.

In dieser Ausgabe:

Bundesregierung verteilt agrarpolitische Trostpflaster

Kirsten Tackmann

Unwesen des Lobbyismus beenden

Dagmar Enkelmann

Regierung manifestiert soziale Ungerechtigkeit durch den Haushaltsentwurf

Diana Golze

Mehr Netto vom Wählerwillen

Wolfgang Neskovic

Sechs für Brandenburg

Michael Reimann

Pressemittlungen u. Reden der Landesgruppenmitglieder

Rückblick auf die Sitzungswoche

- Deutscher Bundestag- Fraktion DIE LINKE - Landesgruppe Brandenburg -

V.i.S.d.P.: Dr. Kirsten Tackmann MdB; 11011 Berlin- Platz der Republik 1;

Tel.: 030- 227 74308; Fax: 030- 227 76308; Mail: kirsten.tackmann@bundestag.de

Unwesen des Lobbyismus beenden

von Dagmar Enkelmann



© Henning Hraban Ramm / PIXELIO

Wäre vor der Verabschiedung des sogenannten Wachstumsbeschleunigungsgesetzes bekannt geworden, dass die FDP sich ihre Steuerensenkung für Hotels mit einer Millionenspende versüßen ließ – dieses Gesetz hätte so den Bundestag nicht passiert. Dass es angesichts des Protestes noch eine Mehrheit gegeben hätte, bezweifle ich.

Der Vorwurf an DIE LINKE, sie würde selbst einen ermäßigten Umsatzsteuersatz von 7 Prozent für Hotels verlangen, verfängt nicht. DIE LINKE verfolgt hier einen weit umfassenderen und wirklich sozialen Ansatz als die Mövenpick-Partei FDP. Wir ver-

langen den ermäßigten Steuersatz für Produkte und Dienstleistungen für Kinder, für apothekenpflichtige Arzneimittel und für arbeitsintensive Dienstleistungen des Handwerks sowie Hotellerie und Gastronomie. So steht es schwarz auf weiß im Bundestagswahlprogramm 2009. Dafür lässt sich DIE LINKE auch nicht mit Millionen schmieren.

Die Spende an die FDP zeigt erneut: Das Lobbyunwesen hat unverschämte Ausmaße angenommen. Unternehmensvertreter schreiben in Ministerien an Gesetzen mit, die die Interessen ihrer Firmen berühren, Funktionäre privater Verbände wechseln in Schaltstellen der Regierung. Und Dankbarkeit in Form

von Spenden nimmt nicht nur die FDP gern entgegen. Unter anderem haben sich große Versicherungskonzerne sehr erkenntlich gezeigt für Wohlverhalten angesichts der Einführung der Riester-Rente und zwar gegenüber allen Parteien in diesem Bundestag – mit Ausnahme der LINKEN.

All das wirft auch ein schlechtes Licht auf den Parlamentarismus, auf die Demokratie in diesem Land. DIE LINKE ist dafür, grundsätzlich zu klären, welche Spenden angenommen werden dürfen und wo die Politik sagen muss: Jetzt ist Schluss! Spenden großer Unternehmen dürfen künftig generell nicht an Parteien gehen.

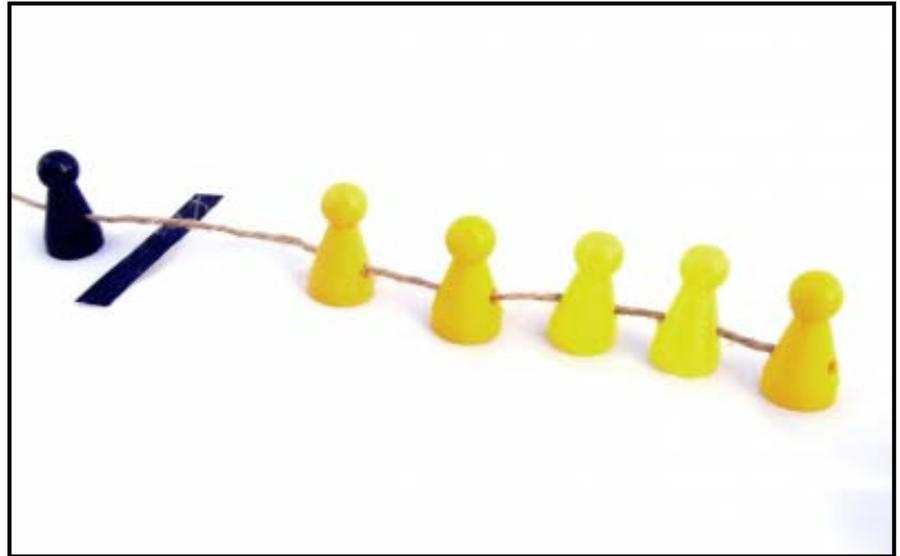
Die Medien reden jetzt von Käuflichkeit dieser Regierung. Die Ministerinnen und Minister haben vor dem Bundestag einen Amtseid abgelegt, dass sie Schaden vom Volk abwenden und nur im Interesse des Volkes arbeiten wollen. Wer diesen Eid ernst nimmt, kann diese Spende nicht gutheißen. Sie muss deswegen zurückgezahlt werden.

Regierung manifestiert soziale Ungerechtigkeit durch den Haushaltsentwurf

von Diana Golze

Bereits in der ersten Lesung des Bundeshaushaltes für das Jahr 2010 machte DIE LINKE ihre Kritikpunkte am vorgelegten Regierungsentwurf deutlich. Der Posten für das auslaufende Erziehungsgeld, das durch das Elterngeld ersetzt wurde, macht deutlich, auf wessen Rücken Familienförderung in der Bundesrepublik stattfindet. Die Linke befürwortete schon zur Einführung des neuen Elterngeldes dessen Rolle in der Entwicklung einer fortschrittlichen Familienpolitik, die eine gerechtere Rollenverteilung der Geschlechter und eine bessere Absicherung von Familien mit mittleren und hohen Erwerbseinkommen darstellt. Andererseits werden aber Bezieherinnen und Bezieher von ALG II durch die Halbierung des Anspruchszeitraumes enorm schlechter gestellt. DIE LINKE wird in den fortlaufenden Verhandlungen die finanzielle Basis für ein sozial gerechtes Elterngeld unterbreiten.

Auch beim Kindertagesbetreuungsausbau kritisiert DIE LINKE die zu geringen Mittel, die von der Bundesregierung eingesetzt wer-



© Michael Andre May/ PIXELIO

den. Kommunen müssen einen wirklichen Ausgleich für die Kosten des Ausbaus der Betreuungsangebote und die steigenden Personalkosten erhalten, da sonst der finanzielle Kollaps der kommunalen Haushalte droht.

Besonders aber kritisierte die Fraktion die unzureichenden Maßnahmen gegen die wachsende Kinderarmut. Hier braucht es aus Sicht der LINKEN mehr als die bisher erfolgten aber völlig unzureichenden Reförmchen an der gesetzlichen Krücke Kinderzuschlag. DIE LINKE macht deutlich, dass statt Steuergeschenken für Besserverdienende mehr finanzielle Absicherung

und steigende Förderung von Familien mit geringem bzw. keinem Erwerbseinkommen erfolgen müssen. Statt ein Wahlrecht zwischen ALG II und Kinderzuschlag einzuführen, müssen aus Sicht der LINKEN Schranken wie die Mindesteinkommensgrenze und die volle Anrechnung des Unterhaltsvorschlusses bei Alleinerziehenden fallen, und der Zahlungsbetrag des Kinderzuschlages von bisher 140€ auf 200 € spürbar angehoben werden.

Mehr Netto vom Wählerwillen

von Wolfgang Neskovic



© Kurt F. Domnik / PIXELIO

Die schwarz-gelbe Bundesregierung gibt anhaltend Anlass zu Empörung.

Sie arbeitet sozial ungerecht und fachlich schlecht. Sie hat nun zusätzlich mit der Hotelier-Spende an die FDP den Verdacht der Käuflichkeit auf sich geladen. Ihren Wahlkampf führten die Liberalen mit dem Versprechen: "Mehr Netto vom Brutto." Nun wissen wir, was die Gelben damit meinten: die Kassenbücher der großen Hotelketten.

Doch mittlerweile beschränkt sich die politische Einflussnahme der Wirtschaft nicht länger auf finanzielle Zuwendung und "Beratung". Der Bundesrechnungshof rügte, dass allein zwi-

schen 2004 und 2006 jährlich rund 100 Lobbyisten in den bundesdeutschen Ministerien arbeiteten. Bezahlt von der Creme de la Creme der Deutschen Wirtschaft betrieben diese Leute Sacharbeit in ganz eigenem Interesse.

Die parlamentarische Demokratie ist in ernster Gefahr, wenn die Wirtschaft mehr Einfluss auf die Politik hat als die übergroße Mehrheit der Wählerinnen und Wähler. Demokratie beruht auf der richtigen Idee, dass alle Wählerstimmen gleich viel wert sind. Um gleiche Stimmen werben die Parteien in Wahlen. Gleiche Stimmen fallen vor jeder Legislaturperiode durch die Schlitze der Wahlurnen. Gleiche Stimmen geben den Parlamenten die Macht, eine Regierung zu wählen und Gesetze für die Allge-

meinheit zu machen. Doch diese Allgemeinheit wird nur in Wahlen um ihren Einfluss gebeten, während die Interessenvertreter der Wirtschaft die Politik ständig mit Meinungen und Geld umschwirren wie die Motten das Licht.

DIE LINKE hat unter meiner Federführung bereits im Jahr 2008 einen Antrag zur Einführung eines Lobbyistenregisters in den Bundestag eingebracht: Lobbyisten hätten ihr Handeln verpflichtend transparent machen müssen. Insbesondere muss für die Bürgerinnen und Bürger deutlich sein, wer mit welchen Summen für welchen Auftraggeber Spenden an Parteien vergibt. Der Einfluss von Lobbyisten im Gesetzgebungsverfahren auf die Gesetzesinhalte wäre für die Öffentlichkeit erkennbar und rufbar geworden. Unser Antrag wurde damals abgelehnt. Die aktuelle Debatte gibt Anlass, ihn erneut einzubringen.

Sechs für Brandenburg

von Michael Reimann



© wiithei / PIXELIO

Alles fing an mit der Wahl zum Deutschen Bundestag 2009 und dem sehr guten Abschneiden unserer KandidatInnen. Vier Frauen und zwei Männer vertreten nun Brandenburg für DIE LINKE. im Deutschen Bundestag. Dr. Dagmar Enkelmann, Dr. Kirsten Tackmann, Diana Golze, Sabine Ursula Stüber, Wolfgang Nešković und Thomas Nord: *Sechs für Brandenburg*. Sie haben sich viel vorgenommen, wollen die Nähe zu ihren und den benachbarten Wahlkreisen, das heißt zu Ihren WählerInnen und solchen die es werden sollen, intensiv gestalten.

Wie auch in der vergangenen Wahlperiode haben sie einen Genossen mit der Abstimmung ihrer Arbeit beauftragt. Seit Januar habe ich die Aufgabe übernommen. Mein Name ist Michael Reimann

(51); gelernt habe ich Vollmatrose und war lange im Sport zu Hause. Heute bin ich von Beruf Politologe und habe meinen Lebensmittelpunkt im Dahme Spreewald. Ich bin seit 20 Jahren als Unternehmensberater tätig und in verschiedenen Funktionen meiner Partei tätig. Königs Wusterhausen, also die Brandenburger Region zwischen Flughafen BBI und dem Spreewald ist seit zwölf Jahren mein Zuhause. Leider haben wir keinen direkt gewählten LINKEN Bundestagsabgeordneten. Somit weiß ich wo, wie auch in anderen Kreisen, denen es ähnlich geht, der Schuh drückt.

Ja, wir wollen in den nächsten Jahren das Erfolgsmodell der Partei DIE LINKE in Brandenburg weiter voranbringen. Dazu gehört: die Sorgen und Nöte der Menschen

aufzunehmen und in Politik zum Anfassern umzusetzen. Eine Wahlperiode ist schnell zu Ende, und so gilt es schon heute, für die Arbeit der Zukunft mitzudenken und zu gestalten.

Das heißt: die Freiwilligen Feuerwehren in Kyritz, genauso wie die Ringer in Luckenwalde, die Wasserwacht am Scharmützelsee oder die Bündnisse Land auf Land ab gegen rechte Gewalt sind für uns genau so wichtig, wie unsere Sprechstunden. Ob im Wahlkreisbüro oder unter freiem Himmel. Eins kann ich heute schon versprechen: Die seit Jahren erfolgreiche „Sommer Tour“ der sogenannten „Sechs“ kommt, und wir sind mitten in den Vorbereitungen.

Pressemitteilungen und Reden der Landesgruppenmitglieder:

<http://www.dagmar-enkelmann.de>



<http://www.diana-golze.de>



PE:

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1248326280>

Rede:

<http://www.linksfraktion.de/rede.php?artikel=1311133014>

<http://www.wolfgang-neskovic.de/>



Pressemitteilungen und Reden der Landesgruppenmitglieder:



Rede:

<http://www.linksfraktion.de/rede.php?artikel=1390792915>

<http://www.kirsten-tackmann.de>



PE:

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1235295538>

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1257484472>

Interview:

http://www.linksfraktion.de/interview_der_woche.php?artikel=1557729841

info@

Rückblick auf die Sitzungswoche

info@

Parlamentarische Initiativen der LINKEen dieser Sitzungswoche

Alle Anträge, Gesetzesinitiativen, Kleine Anfragen etc. der LINKEen der 17. Legislaturperiode finden Sie auf der Internetseite der Bundestagsfraktion unter :

<http://www.linksfraktion.de/initiativen.php>

Kleine Anfragen:

http://www.linksfraktion.de/initiativen_kleine_anfragen.php

Antrag:

Lohndumping verhindern—Leiharbeit strikt begrenzen

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7799814031_1700426.pdf

Zukunftsprogramm für 2 Mio. Arbeitsplätze

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7777355594_1700472.pdf

Die Banken sollen für die Krise zahlen

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7751690636_1700471.pdf

Versicherte in der Krise schützen

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7700103240_1700495.pdf

Boni-Steuer für die Finanzbranche einführen

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7741379521_1700452.pdf

Vermögenssteuer als Millionärsteuer wieder erheben

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7771145791_1700453.pdf

Gesetzesentwurf:

Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7777355594_1700472.pdf



**Faire Preise
für gute Milch.**

Die Linksfraktion
auf der Grünen
Woche: **15. bis
24. Januar, Berlin,
Halle 6.2 b, Stand
224. Besuchen
Sie uns!**

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG